



Was wird aus Europa?

Einleitungsstatement von Nova Europa-Obmann Mag. Karl Koller, im Hotel Imperial am 25. September 2012 – mit anschließender Diskussion mit BM a.D. Abg.z.NR Herbert Scheibner und Dr. Andreas Unterberger, moderiert von Sekt. Chef i.R Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter; Veranstalter: Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) und Zukunftsakademie Österreich - Politische Akademie des BZÖ;

Vor etwa zwei Wochen hat man bei Maybrit Illner im ZDF ebenfalls zur Zukunft Europas und des Euros diskutiert. Einer der Gäste war der große Altliberale Hans-Dietrich Genscher. Seine Kernthese war: **"Wir haben keine Krise wegen des Euro, sondern weil wir nach dessen Einführung am Haus Europa nicht weitergebaut haben."**

Als der Euro eingeführt wurde, war klar, dass die Währungsunion nur der erste Schritt sein konnte, das der Währungsunion die Fiskalunion folgen muss und schließlich die politische Union.

Was wir heute haben ist im Übrigen keine Krise des Euro sondern eine Krise einzelner Eurostaaten.

- Der Euro ist eine starke Währung, geringe Inflation, hoher Außenwert;
- Die Eurozone steht in ihrer Gesamtheit weit besser da als die USA. Die Leistungsbilanz ist ausgeglichen, während die USA seit mehr als einem Jahrzehnt ein Leistungsbilanzdefizit zwischen 4-6 % des BIP ausweisen. Die Verschuldung der US-Volkswirtschaft betrug bereits 2005 22 % des BIP.

Und wenn man sagt „wir haben es mit einer Staatsschuldenkrise der Europeripherie zu tun“ – dann stimmt das auch nicht. Spanien zahlt mit 70 % Staatsverschuldung höhere Zinsen als Italien mit 120%. Italien ist letztlich eine starke Volkswirtschaft, während Spanien ein Riesenproblem mit der Verschuldung des Privatsektors hat – verbunden mit der Immobilienblase, die nun die Banken in den Abgrund reißt.

Wenn man das alles verstehen will, darf man nicht an der Oberfläche bleiben. Wir müssen uns fragen:

- Was sind die eigentlichen Ursachen der Krise?
- Was sind die Auslöser der Krise?
- Schließlich, wie schaut die Lösung aus? Und wie gewinnt man die Bevölkerung?

Die Ursachen – und da sind sich die Ökonomen einig – die tiefere Ursache der Krise sind die makroökonomischen Ungleichgewichte. Eine Lösung, die nachhaltig sein will, muss diese angehen. Um das jetzt auf Europa zu begrenzen: Wir haben im Norden, speziell in Deutschland, hohe Leistungsbilanzüberschüsse – Deutschland bis etwa 6 % des BIP. In Griechenland hatten wir Defizite zwischen 9-15%. Beides ist nicht nachhaltig. Wir müssen uns bewusst machen, dass die Überschüsse der einen die Defizite der anderen sind und umgekehrt. Permanente Defizite bedeuten wachsende Verschuldung, die Überschüsse wachsende Forderungen. Wie stellen wir uns vor, dass die Griechen ihre Schulden begleichen können? Sie können das nur, wenn sie in nächster Zeit mehr exportieren als importieren.

Bleiben wir gleich bei Griechenland: Was jetzt dort, aber auch in Portugal, Spanien, Italien passiert, ist, dass man durch die Einschnitte des Staates die Einkommen senkt. In Griechenland hat man den

Mindestlohn um 20 % auf 586 € gesenkt. Die Folge dieser Austerity-Politik ist, dass die Leistungsbilanzdefizite tatsächlich schrumpfen.

Aber um welchen Preis?

- hohe Arbeitslosigkeit insb. hohe Jugendarbeitslosigkeit, in Griechenland und Spanien über 50 %;
- Die Staatsdefizite kriegt man erst nicht in den Griff, weil aufgrund der Rezession die Steuereinnahmen schrumpfen;

Wir sollten uns daran erinnern, dass wir in der Ersten Republik selbst eine Völkerbundanleihe gebraucht haben und dass diese ähnlich restriktive Auflagen hatte – Pensionskürzungen, Beamtenentlassungen ... Die Folgen waren Bürgerkrieg, Ständestaat und Naziherrschaft.

Wie könnte man es besser machen? So wie es die Amerikaner nach dem Krieg gemacht haben – Marshallplan, investieren in Industrieansiedlungen, Infrastruktur, Ausbildung, Bildung. Und in den Leistungsbilanzüberschussländern müssen die Löhne steigen – vor allem in Deutschland! Finanzminister Schäuble hat auch bereits die Tarifpartner zu höheren Abschlüssen angehalten.

Griechenland ist unter dem Rettungsschirm – Italien ist es nicht und wahrscheinlich auch zu groß. Und es ist auch gar nicht notwendig, dass Italien unter den Rettungsschirm kommt. Italien ist eine starke Volkswirtschaft. Das Problem Italiens ist, dass alles was Monti einspart für die hohen Zinsen wieder draufgeht – weil bereits auf den Zerfall der Eurozone spekuliert und ein Wechselkursrisiko eingepreist wird. Was Mario Draghi und die EZB jetzt machen – unbegrenzt Anleihen kaufen – ist deshalb genau richtig! Das wurde übrigens von Nova EUropa, von Riegler, Neisser, Taus bereits im Dezember 2011 in unserem Dreistufenplan gefordert. Schon jetzt zeigt sich, dass allein die Ankündigung die Renditen auf italienische und spanische Staatsanleihen sinken lässt.

Es gibt jetzt vor allem in Deutschland eine große Angst vor Inflation und Jens Weidemann, der Bundesbankchef, hat ja auch gegen das Programm gestimmt. Womit er sich im EZB-Rat komplett isoliert hat, den sein deutscher Kollege im Direktorium, Jörg Asmussen, hat mit der Mehrheit gestimmt. Viele Ökonomen, ich auch, halten die Angst vor der Geldentwertung für unbegründet – es droht viel eher eine Deflation, weil die Konjunktur in ganz Europa einbricht.

- Die Inflation nach den Kriegen in Deutschland hatte vor allem die Ursache, dass der wachsenden Geldmenge – denken wir nur an den Ruhrkampf in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg – keine entsprechende Produktion gegenüberstand. Nach dem Zweiten Weltkrieg war alles zerbombt.
- Heute liegt das Wachstum stark hinter dem Potentialwachstum, also dem Wachstum, dass aufgrund des Kapitalstocks und des Arbeitspotentials möglich wäre. Man sieht das auf dem ersten Blick an den hohen Arbeitslosenraten. Höhere Nachfrage kann durch höhere Produktion bedient werden – genau das brauchen wir um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren!
- Schließlich ist die Geldmenge M3 für die Nachfrage entscheidend, und die ist durch die Notenbankoperation bisher kaum gestiegen. Im Gegensatz zu früher findet das Geldmengenwachstum heute vor allem durch Geschäftsbankengeldschöpfung – also durch Kreditvergabe – und nicht mehr durch Zentralbankengeldschöpfung statt. Die Bilanzsumme der europäischen Banken beträgt 34.000 Milliarden €, davon finanziert die EZB gerade 1.100 Milliarden €.

- Und ein weiteres Argument: Die US-Fed und die Bank of England kaufen massiv Staatsanleihen, sogar am Primärmarkt. Auch das hat noch zu keiner Inflation geführt. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum sich Großbritannien leicht finanzieren kann, obwohl es wirtschaftlich schlechter dasteht als Italien.

Was passiert, wenn Griechenland den Euroraum verlässt? Der Großteil des Geldes ist längst auf ausländische Bankkonten transferiert oder in bar abgehoben. Die Kredite griechischer Banken sind in der Zwischenzeit immer weniger durch Einlagen griechischer Bürger finanziert – sondern durch Forderungen an ausländische Banken und EZB. Innerhalb des EZB-Systems sind die Target2-Salden – die Forderungen zwischen den teilnehmenden Notenbanken – massiv gestiegen. Die Forderungen der deutschen Bundesbank belaufen sich auf über 700 Milliarden €. Verlässt Griechenland den Euroährungsraum haben die anderen Euroländer insb. Deutschland und Frankreich einen gewaltigen Abschreibungsbedarf und in Griechenland kommt es zu einem Bankenrun und einem Totalzusammenbruch der Wirtschaft.

Wie ich in meinem Presse-Gastkommentar vor genau einem Monat geschrieben habe, ist EZB-Finanzierung eine Akutmedizin aber keine Dauermedikamentation. In einem zweiten Schritt bedarf es daher der Vervollständigung der Währungsunion durch eine echte Fiskalunion, die weit über den vereinbarten Fiskalpakt hinausgeht. Nova EUropa schlägt vor, dass sich der überwiegende Teil der Eurostaaten zu einer "Europäischen Föderation" zusammenschließt – mit einer Wirtschaftsregierung und einem Parlament für die Eurozone bestehend aus den EU-Parlamentariern der teilnehmenden Länder – als Bürgerkammer – und einer zweiten, einer Staatenkammer, nach dem Muster des deutschen Bundesrates. Die Eurostaaten würden an die Föderation die wirtschaftspolitischen Kompetenzen übertragen, ansonsten aber, insb. in der Außen- und Sicherheitspolitik, souverän bleiben. Wirtschaftspolitik – das würde ein Zentralbudget, Eurobonds, Zuständigkeit für Konjunkturpolitik, für Sozial- und Umweltpolitik bedeuten. Diskussionsvorschläge von Van Rompuy, Manuel Barroso, Jean-Claude Juncker und Mario Draghi gehen in diese Richtung.

In einem dritten Schritt schlagen wir die Überführung der Föderation in einen europäischen Bundesstaat – in die "Europäische Republik" – vor, an die dann die beteiligten Staaten ihre Restsouveränität übertragen. Mit dem Sicherheitsratssitz Frankreichs wäre dann die Europäische Republik ständiges Sicherheitsratsmitglied und im Club der anerkannten Nuklearmächte.

Ist das im Interesse der Bürger? Wie sagte Hans-Dietrich Genscher? „Deutschland ist in Europa relativ groß, in der Welt aber relativ klein“ – Österreich ist auch in Europa relativ klein. „Ich möchte nicht“, sagte Genscher, „dass europäische Staaten bei anderen Mächten anklopfen müssen“. Bofinger, Habermas und Nida-Rümelin haben das jüngst so formuliert: „Europa wird bei einem Auseinanderbrechen von Eurozone und EU kaum mehr Einfluss auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme haben. Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte.“

Was Nova EUropa immer wieder betont hat: Wir werden unter den gegenwärtigen Bedingungen auf Dauer die Soziale Marktwirtschaft in Europa nicht aufrechterhalten können. In einer wirtschaftlich globalisierten Welt braucht es größere wirtschaftspolitische Akteure, um noch Handlungsfreiheit in der Gestaltung der ökonomischen Rahmenbedingungen zu haben. Die einzig wirklich souveränen Staaten der Welt sind derzeit die USA und China. Diese Souveränität hat Bedeutung für das Lohnni-

veau und für die Möglichkeit, ein sozial gerechtes Steuersystem zu gestalten. Die Kleinstaaterei schadet gerade den "kleinen Leuten"!

Bleiben wir beim letzten Punkt, dem Steuersystem. Ich habe am Anfang von den makroökonomischen Ungleichgewichten gesprochen. Das zweite große Problem in diesem Zusammenhang ist die wachsende Verschuldung der Staaten aber auch von Privaten und spiegelbildlich die wachsenden Geldvermögen. Wir müssen uns bewusst machen – Geld ist eine Forderung – Forderungen bedeuten, dass andere Schulden haben. In Summe ist das Null. Wir haben in Österreich eine Staatsverschuldung von etwa 200 Milliarden und private Geldvermögen von etwa 500 Milliarden – und das sehr ungleich verteilt. Lt. OeNB verfügt das reichste 1 % über 27 % des Geldvermögens, das oberste Promille über 8%. Die untere Hälfte verfügt gerade über ebenfalls 8 % des Geldvermögens. In Deutschland haben wir Staatsschulden von etwa 2 Billionen und ein Geldvermögen von in etwa 5 Billionen.

Es wird ja immer wieder das Beispiel gebracht, dass, wenn der Hl. Josef für Jesus einen Euro angelegt hätte, dieser sich aufgrund des Zinseszinses zu einem astronomischen Betrag vermehrt hätte – bei 3,5 % wären das eine Quintillion Euro (30 Nullen). Der Mathematiker Rudolf Taschner hat in einem Pressekommentar dazu geschrieben: „Die Lösung des Rätsels besteht weniger darin, dass Jesus keine Erben hatte, vielmehr darin, dass es damals keinen Euro gab, sondern Sesterzen. Eine Währung, die es heute nicht mehr gibt. Und Geld dazwischen, Taler, Florin, Gulden, gibt es heute auch nicht mehr. Kriege und Krisen vernichteten sie.“ Wenn wir Kriege und Krisen vermeiden wollen, müssen wir einen zivilisierten Weg zum Abbau von Verschuldung und Geldvermögen einschlagen. Ein zivilisierter Weg – das bedeutet Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern und, um das Problem dann für die Zukunft zu lösen, eine Verteilungspolitik gerade auch mit den Mitteln der Einkommensbesteuerung, deren Zielsetzung es ist, die Einkommensverteilung so zu gestalten, dass die Ungleichgewichte im Rahmen bleiben. In einer wirtschaftlich globalisierten Welt, ist freilich eine solche – vernünftige – Steuerpolitik durch kleinere Staaten, wie eben die europäischen Länder, nicht möglich – weil Kapital flüchtig ist. Ein weiteres Argument für einen starken, handlungsfähigen europäischen Staat – mit der Kraft, die Ablösung der Globalisierung des Neoliberalismus durch die Globalisierung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft voranzutreiben und diese damit auch in Europa abzusichern!

Lassen Sie mich zum Abschluss betonen: Europa hat ein Lebensmodell, hat Werte, die es sich zu verteidigen lohnt, die im Interesse der Bürger verteidigt und bewahrt werden müssen. Es sind dies Freiheit und Menschenrechte, Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit. Dieses Lebensmodell und diese Werte zu globalisieren, würde die Welt humaner und gerechter machen. Wagen wir diesen Schritt zur Europäischen Republik, zu einem bedeutenden Player der Weltpolitik! Wie sagte Helmut Kohl: „Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte“.